

Wagner, Gert G.

Article

Die Rente mit 67 nicht aus den Augen verlieren

DIW Wochenbericht

Provided in Cooperation with:

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Wagner, Gert G. (2014) : Die Rente mit 67 nicht aus den Augen verlieren, DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 81, Iss. 19, pp. 444-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/97188>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Gert G. Wagner ist Vorstandsmitglied des DIW Berlin und Vorsitzender des Sozialbeirats der Bundesregierung. Der Beitrag gibt die Meinung des Autors wieder.

Die Rente mit 67 nicht aus den Augen verlieren

Kritik am Rentenpaket ist weit verbreitet. Viele Fachleute und Interessenverbände befürchten, dass die gesetzliche Rente zu teuer wird, die Mütterrente ungerecht wirkt und den Betrieben wegen der Rente mit 63 die qualifizierten Arbeitskräfte ausgehen werden. Was dabei vergessen wird, ist die im Gesetzentwurf ebenfalls enthaltene Verbesserung des Rehabilitationsbudgets und die Tatsache, dass die Rente mit 63 von selbst auslaufen wird.

Die „Rente mit 63“ wird zudem die Rentenausgaben weniger belasten als die Mütterrente. Insgesamt belasten beide Reformen den Beitragszahler, wenn auch der Beitragssatz nur um weniger als einen halben Prozentpunkt steigen wird. Und das allgemeine Rentenniveau sinkt dadurch um etwas mehr als einen halben Prozentpunkt. Viele Änderungen im Steuerrecht – man denke an die letzte Erhöhung der Mehrwertsteuer – führen zu größeren Belastungen, ohne dass Wohlstand und Wachstum nennenswert gefährdet wären. Und bei Tarifverhandlungen geht es immer wieder um ganz andere Größenordnungen. Das Rentenpaket allein sprengt also nicht die derzeitigen Budgets. Es könnte allerdings weitere Reformen erschweren, etwa zur Verhinderung von drohender Altersarmut aufgrund unstetiger Beschäftigung und Niedriglohn.

Die zentrale mit dem Rentenpaket verbundene Frage ist die nach möglichen Auswirkungen auf das Rentenzugangsalter. Würde wieder eine Frühverrentungs-Mentalität ausbrechen, wie sie seit den 70er Jahren lange Zeit herrschte, dann würde die gesetzliche Rente so teuer werden, dass sie im Zuge des demographischen Wandels kaum finanzierbar wäre. Dafür spricht aber wenig. Die Rente mit 63 steht viel weniger Beschäftigten offen als der Vorruhestand und andere Frühverrentungsinstrumente der 80er und 90er Jahre, und sie wird außerdem bald auslaufen. Zudem sind qualifizierte Arbeitskräfte, denen diese neue Rentenart offensteht, in vielen Betrieben knapp, wie die Arbeitgeber immer wieder betonen. Deswegen deutet gegenwärtig und erst recht in den nächsten Jahren, wenn weniger Junge nachwachsen, nichts auf eine neue Frühverrentungswelle hin.

In der Tat sprechen auch alle Erkenntnisse der Gerontologie gegen ein sinkendes Rentenzugangsalter. Bei steigender Lebenserwartung spricht vielmehr vieles für einen späteren Eintritt in den (Un)Ruhestand. Wer das Rentenzugangsalter steigen lassen will, der braucht im Moment aber nicht über eine höhere Altersgrenze jenseits des 67. Lebensjahres ab 2030 zu spekulieren. Effektiver ist es, wenn die Zahl der Frühverrentungen weiter zurückgeht. Laut offizieller Statistik der Deutschen Rentenversicherung liegt der Anteil der Erwerbsminderungsrentner an allen Versichertenrenten der Rentenzugänge der vergangenen vier Jahre bei rund 21 Prozent. Je nach Arbeitsmarktlage kommen noch Zugänge aus der Arbeitslosigkeit hinzu.

Für das Erreichen eines im Durchschnitt höheren Alters beim Rentenzugang spielt keineswegs nur bessere Gesundheits-Rehabilitation eine Rolle. Diese setzt ja erst ein, wenn jemand krank geworden ist. Vielmehr gilt es weiterhin bessere Gesundheitsvorsorge zu betreiben – und auch für noch bessere Arbeitsbedingungen zu sorgen. Diese sind zwar gegenüber den 60er und 70er Jahren ohne Zweifel besser geworden, aber noch immer nicht ist in jedem Betrieb das Arbeiten bis zur Regelaltersgrenze ein Top-Ziel. An diesem Ziel muss nicht nur der Gesetzgeber arbeiten, sondern es ist vor allem auch eine Aufgabe der Unternehmen, der Betriebsräte und der Tarifparteien.

Ein höheres Rentenzugangsalter ist in den nächsten Jahren ohne einen Anstieg der gesetzlichen Altersgrenze erreichbar. Neben der Ausgestaltung von Erwerbsarbeit für Rentner ist die große Herausforderung, die mit einem steigenden Rentenzugangsalter verbunden ist, die Sicherung ausreichend hoher Renten für Menschen, die aus gesundheitlichen Gründen in Erwerbsminderungsrente gehen, und für jene, die mangels geeigneter Arbeitsplätze mit Abschlägen früh in Rente gehen müssen. Das sollte nach der jetzigen Reform intensiv und breit in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik diskutiert werden.



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e. V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
www.diw.de
81. Jahrgang

Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake
Prof. Dr. Tomaso Duso
Dr. Ferdinand Fichtner
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.
Dr. Kati Schindler
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner

Chefredaktion

Sabine Fiedler
Dr. Kurt Geppert

Redaktion

Renate Bogdanovic
Sebastian Kollmann
Dr. Claudia Lambert
Dr. Wolf-Peter Schill

Lektorat

Dr. Johannes Geyer

Textdokumentation

Manfred Schmidt

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49-30-89789-249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 74, 77649 Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01806 - 14 00 50 25,
20 Cent pro Anruf
ISSN 0012-1304

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Serviceabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.